

Hochschulpraxis in der Kritik

Wie Aufklärung über den esoterischen Öko-Nazi Werner Haverbeck durch die Hochschulleitung der FH Bielefeld behindert wird

Von

Heinz Gess

Wieder einmal haben der FH -Verwaltung Bielefeld und deren ausführendem Organ, dem Rektorat, ein Artikel, den ich im Kritiknetz veröffentlicht habe, und mein Vorspann dazu nicht gefallen. Wieder einmal meinten sie, die Fachhochschule vor der Kritik „schützen“ zu müssen, als handle es sich bei der FH um einen Kindergarten, nicht aber um eine wissenschaftliche Community selbstverantwortlicher Wissenschaftler, die in Freiheit forschen und lehren und deren Lebenselixier der öffentliche Disput – das Argument und Gegenargument – ist. Soviel sollte doch auch das Rektorat der hiesigen Fachhochschule aus der wissenschaftstheoretischen Diskussion der Nachkriegszeit, die ihre produktivste Phase in den sechziger und frühen siebziger Jahren hatte, gelernt haben, nämlich dass Wissenschaft nicht mit dem Führerprinzip oder dem Kommunikationsmedium Macht (Luhmann) vereinbar ist, sondern ein intersubjektives, sich in Kritik und Gegenkritik vollziehendes Erkenntnisunternehmen, das an der Leitidee der Wahrheit orientiert ist, und dass eine wissenschaftliche Community dementsprechend nur so gut sein kann, wie sie den an der Leitidee der Wahrheit durch Kritik und Gegenkritik ausgerichteten Diskurs pflegt und dadurch den Erkenntnisfortschritt fördert, nicht aber jene verteufelt, die herrschende Meinungen, eingefahrene Gedankenformen, lieb gewordene Gewohnheiten mit trefflichen Argumenten in Frage stellen und Selbstdarstellungen, die bekanntlich eher der Eindrucksmanipulation als der Wahrheit dienen, auch dann nicht fraglos respektieren, wenn es die Selbstdarstellung der „eigenen“ Hochschule ist. In den Sozial- und Geisteswissenschaften kommt eine Besonderheit hinzu, die in derselben Art und Weise in den Naturwissenschaften nicht gegeben ist, dass sie selbst Bestandteil des Objektbereiches sind, über den sie forschen, und dass in diesem Objektbereich selbst reale Gedankenformen, intersubjektive (mehr oder weniger) geteilte Gedankenformen vorhanden und wirksam sind, die falsch (ideologisch) sein können und darum der Kritik unterzogen werden müssen. Die wissenschaftliche Kritik ist also in diesem Fall nicht nur (wechselseitige) Kritik an anderen wissenschaftlichen Theorien, sondern sie schließt darüber hinaus erstens auch die Kritik an den im gesellschaftlichen Verkehr real geltenden objektiven Gedankenformen und gruppenspezifischen Einstellungen und zweitens die kritische Selbstreflexion der wissenschaftlichen Praxis als Bestandteil der existierenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung und politischen Ökonomie mit ein. Das kompliziert den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt sowohl von der Seite der Theorie her – hier wegen des erforderlichen Grades an Selbstreflexivität – als auch von der Seite der kritischen

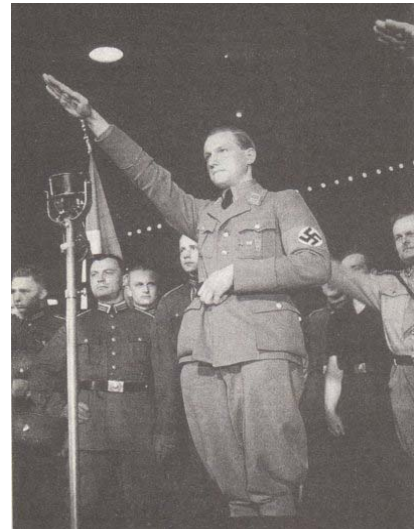
wissenschaftlichen Praxis - hier weil die Ideologiekritik an real geltenden Gedankenformen und deren unbewusste, zumeist über unbewusste Assoziationen, also nur psychologisch versteh- und erklärbaren, aber nicht im logischen Sinne ableitbaren Konsequenzen – wie z. B. antisemitische Einstellungsmuster – von denen, die in solchen Gedankenformen gefangen sind und sich mit ihnen identifizieren, zumeist heftig abgewehrt werden – in Ermangelung von Argumenten zumeist mit dem Einsatz von bloßen Machtmitteln, die den wissenschaftlichen Kritiker das Fürchten lehren und ihn zum Verstummen bringen sollen. Das ist das Gegenteil dessen, was eine wissenschaftliche Community braucht, um hervorragend im Sinne Kants, Humboldts, Poppers oder Adornos zu werden, die trotz mancher wichtiger Unterschiede ihrer erkenntniskritischen Theorien in diesem Punkte völlig übereinstimmen

Für die Rektorin wäre es als Mitglied der wissenschaftlichen community, noch dazu als Leiterin der Organisation einer solchen Community einzig adäquat gewesen, auf den Essay von Bierl und Heni „Die NSDAP als eine grüne Partei“ (2008), den Artikel von mir „Wer war Werner Haverbeck“ (2008) sowie bereits schon auf den früheren Essay von mir mit dem Titel „Heiliger Krieg in Bielefeld“ (2007), um den es schon eine ähnliche Auseinandersetzung mit Androhung eines Disziplinarverfahrens gab, mit einer argumentativen wissenschaftlichen Kritik des Artikels zu reagieren und die unterschiedlichen Ansichten in einer hochschulöffentlichen Kontroverse auszutragen. Mit einer solchen kritisch-rationalen Reaktion hätte das Rektorat der FH vorbildhaft demonstrieren können, wie Wissenschaftler miteinander umgehen und Konflikte miteinander austragen. Es ist durchaus denkbar, dass ich meinerseits aus einer solche Replik und der darauf folgenden öffentlichen Diskussion hätte lernen können und mein Erkenntnisstand sich verändert hätte. Das Rektorat hat aber (selbstverständlich) nichts dergleichen getan. Nicht ein einziges Mal hat es in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre es für nötig und angemessen gehalten, sich mit den Inhalten und Argumenten in meinen Texten auseinanderzusetzen und mir oder der Öffentlichkeit mitzuteilen, warum es diese Texte so hartnäckig bekämpft, sich von dem Kritiknetz in aller Öffentlichkeit distanzieren und die FH vor meinen Essays und Monographien wie der Hirte seine blökende Schafsherde vor dem bösen Wolf meint schützen zu müssen. Keine Gegenrede! Kein Argument! Keine Kritik, die den Namen auch nur annähernd verdiente! Keinerlei Versuch einer öffentlichen Kontroverse. Nichts, sondern lediglich immer neu wieder Sanktionsandrohungen und penetrante Versuche, mir Disziplinarverfahren anzuhängen, obgleich ich mir nichts anderes habe „zu schulden“ kommen lassen, als qualifizierte wissenschaftliche Texte zu veröffentlichen, die nicht immer aber wohl überwiegend der Weiterentwicklung und Anwendung der kritischen Theorie in Form politischer Eingriffe dienen. Das aber ist meine Aufgabe als Wissenschaftler, zu dessen Lehrgebiet der Schwerpunkt „Gesellschaftstheorien“ gehört.

Aus nichtigem Anlass will das Rektorat nun schon zum zweiten Male ein Disziplinarverfahren gegen mich durchzusetzen. Zum dritten Male versucht es, mich oder das Kritiknetz mit Sanktionen zu belegen. Dabei kommt ihm das neue „Hochschulfreiheitsgesetz“ (NRW) sehr gelegen. Denn seit dieses anti-demokratische Gesetz, das die Hochschule als freie Republik lehrender und lernender Citoyens endgültig zerstört, in Kraft ist, sind Hochschullehrer keine Landesbeamten mehr und allein der Verfassung des Landes NRW und der Bundesrepublik verpflichtet, sondern nur noch Hochschulbeamte und damit unmittelbar und nur noch der Hochschulleitung unterstellt. Ferner sind sie außer der Verfassung auch Hochschulsatzungen verpflichtet, die so merkwürdige Formulierungen enthalten können, wie jene, dass die Hochschule für „applied science“ eine Hochschule für die Region Ostwestfalen-Lippe, also ein Provinzhochschule sei. Das Rektorat, dem die Hochschullehrer nun unterworfen sind, wird nicht mehr wie vordem von den Mitgliedern der Hochschule durch die gewählte

Senatsvertretung gewählt, sondern unabhängig vom Willen der Hochschullehrer und Studenten und über ihre Köpfe hinweg vom Hochschulrat bestimmt, dessen Mitglieder seinerseits wiederum von der Hochschulleitung eingesetzt (und nicht gewählt) werden und zu mehr als der Hälfte aus Bereichen außerhalb der Hochschule, bevorzugt aus Wirtschaft und Politik kommen sollen. Es geht an der Hochschule nun so undemokratisch zu, wie in einer kapitalen Aktiengesellschaft. Unter dem systematisch irreführenden Namen "Hochschulfreiheit" wurde das Führerprinzip in der Wissenschaft neu wieder eingesetzt. Denn gemeint ist mit dieser „Freiheit“ nur die Freiheit des Hochschulvorstandes und -Aufsichtsrates als funktionierende Agenten des Kapitals und der Verwaltungsmacht.¹ Kritische Theorie und Praxis stören da nur noch. Was liegt da näher, als sie zu maßregeln und am besten gleich ganz zu liquidieren, wenn man die Macht dazu bekommen hat, und der Wissenschaftsminister sich fortan damit herausreden kann, mit Politik habe das alles nichts zu tun, weil die Hochschule, d. h. tatsächlich aber nur deren ungewählte Leitung, ja nun „autonom“ sei. Solch ein undemokratischer Machtzuwachs muss jene zum „Durchgreifen“ verführen, die es schon immer mit der disziplinierenden Macht hielten und das Argument und die Diskussion für lästiges Beiwerk. Nun halten sie ihre Stunde für gekommen, um gegen missliebige Kritiker vorgehen zu können.²

Das Disziplinarverfahren bezieht sich auf meine Einleitung zu dem Aufsatz von Heni und Bierl im Kritiknetz "Grün-braune Liebe zur Natur. Die NSDAP als grüne Partei". Ich verweise darin auf die Tatsache, dass Werner Haverbeck (1909-1999) ab 1972 mehrere Jahre lang an der FH Bielefeld als angestellter Professor für Sozialwissenschaft wirken konnte und in allen Ehren entlassen wurde. Ferner verweise ich darauf, dass Haverbeck Mitglied der NSDAP-Reichsleitung, des NS-Studentenbundes und der SA sowie Leiter des NS-Reichsbundes für Volkstum und Heimat war, und dass er stets ein Nazi blieb. So war Haverbeck von 1973 bis 1982, also während seiner Zeit als Professor an der FH, Präsident des rechtsextremen Verbandes „Weltbund zum Schutz des Lebens“ und später Mitunterzeichner des so genannten Heidelberger Manifestes von 1981, in dem die Forderung „Ausländer raus“ pseudoökologisch



¹ Zur Kritik an der Hochschulreform siehe unter anderem meine Aufsätze im Kritiknetz:

Heinz Gess: Kritik der autoritären, neoliberalen Studienreform

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=422>

Heinz Gess zusammen mit der Studierendengruppe „ungegänzelte Wissenschaft“:

Ungegänzelte Wissenschaft. Verweigerung des Evaluationsverfahrens im Fachbereich Sozialwesen

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=419>

und

Gerhard Stapelfeld: „Bildung ist keine Ware“. Kritische Anmerkung zu einer politischen Parole

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=403>

² Es ist deshalb ganz sicher kein Zufall, dass ich das erste Disziplinarverfahren aus nichtigem Anlass – es scheiterte – **eine Woche nach der Zwangsübernahme** durch das Rektorat erhielt, gegen die ich Widerspruch einlegte und gerichtlich vorgehe, während ich zuvor in meinem ganzen beinahe vierzigjährigen Berufsleben nie mit solchen obrigkeitstaatlichen Maßnahmen zu tun hatte. Sagt das nicht bereits genug über die Möglichkeiten, die sich in dem neuen Gesetz verbergen? Die meisten Hochschullehrer, scheint mir, hat das noch gar nicht recht begriffen.

verbrämt erhoben wurde. Haverbeck war Mitbegründer des so genannten „Collegium Humanum“ in Vlotho in Niedersachsen, einer rechtsextremen Tagungsstätte, wo sich unter anderem 1984 das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des Führers“ (KAH) traf. Das „Collegium Humanum“ wurde in diesem Jahr als verfassungsfeindliche Organisation verboten. Trotz dieser kontinuierlich durchgehenden völkisch-nazistischen Gesinnung wollen die FH-Leitung und das Wissenschaftsministerium NRW von all diesen Aktivitäten Haverbecks und von seiner Nazi-Vergangenheit nichts gewusst haben, weil Haverbeck bei seiner Einstellung nicht gesagt habe, dass er Nazi gewesen und ein Rechtsextremer sei. Dann ist ja wohl alles in bester Ordnung, nicht wahr? Wieder einmal hat keiner von irgend etwas gewusst und heute wird derjenige, der etwas wissen will, mit einem Disziplinarverfahren bestraft und es wird ihm zugleich die Akteneinsicht nicht gewährt, die es ermöglichte, der Sache auf den Grund zu gehen und sich nicht länger bei Vermutungen darüber aufzuhalten, warum es Haverbeck an der FH so überaus leicht gemacht wurde. Will man da womöglich etwas vertuschen?

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens begründet die Rektorin der FH Bielefeld mit der folgenden Passage aus meinem Text:

„Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, dass der Werner Haverbeck an der FH Bielefeld ungeachtet seiner Nazi-Karriere und neofaschistischen Aktivitäten ungestört seinen ideologischen und politischen Geschäften nachgehen und seine verdorbenen Früchte als „Professor für Sozialwissenschaft“ unter die Studierenden bringen konnte, ohne je dafür an der FH in die Kritik zu geraten und ohne dass das Rektorat der FH es je für nötig gehalten hätte, sich von seinem Tun oder seinen Schriften zu distanzieren, dass aber dasselbe Rektorat (nicht in persona) und dessen Personalabteilungsleiter es für dringlich hält, sich von dem Herausgeber dieser Seite und der „Internetzeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft“ das Kritiknetz, ausdrücklich zu distanzieren.“³

Sie behauptet, ich hätte mit dieser Passage Dienstpflichten verletzt, weil ich damit Maßnahmen der Verwaltung oder Maßnahmen seiner Vorgesetzten in der Öffentlichkeit kritisiert habe. Wieder einmal stellt sie die Sache so dar, als ginge es hier um Dienstgeheimnisse, während all das, was ich in dieser Passage feststelle, von der Pressestelle des Rektorats anlässlich der Auseinandersetzungen um den Artikel „Heiliger Krieg in Bielefeld“ selbst in aller Öffentlichkeit so gesagt und von der hiesigen örtliche Presse verbreitet wurde. Wieder einmal insinuiert sie, es ginge in meiner Kritik um ihre Person als Vorgesetzte und mir darum, sie zu beleidigen, obgleich ich ausdrücklich schreibe: „non in persona“. Sie stellt sich als das arme Opfer dar, das sich gegen meine „Übergriffe“ wehrt, während ich in meinem Text ausdrücklich klarstelle, dass die Kritik der Praxis der Hochschule über drei Jahrzehnte gilt, also - auch - der Verwaltungspraxis zu einer Zeit, als die derzeitige Rektorin noch gar nicht an dieser FH beschäftigt war. Diese Praxis der Hochschule als Institution ist meiner Auffassung nach dadurch gekennzeichnet, dass es einem Nazi und gewandtem Rechtsextremen sowie konformistischen Mitläufern erkennbar leicht gemacht wird. Ihnen gegenüber verhält sich die Verwaltung der Hochschule völlig unkritisch. Sie können machen, was sie wollen, und bekommen meist sogar noch Geld dafür. Es würde mich z. B. überhaupt nicht überraschen, wenn auch Haverbecks Aktivitäten im rechtsextremen „Collegium Humanum“ als Praxisbezug im Sinne der „applied science“ dieser FH finanziell unterstützt wurden.

³ Ich zitiere diese Passage aus dem von Peter Bierl und Clemens Heni in „Honestly Concerned“ veröffentlichten Protestschreiben gegen die Einleitung des Disziplinarverfahrens. Aus Gründen des Selbstschutzes sehe ich mich außerstande, zu bestätigen, ob dieses Zitat von Heni und Bierl zutreffend ist.

Ideell jedenfalls wurde das „Collegium“ von der FH nach meinem Wissensstand unterstützt. Denn die FH -Verwaltung hat es Haverbeck seinerzeit erlaubt, im Collegium scheinfähige Veranstaltungen abzuhalten.⁴ Meine offizielle Anfrage an die FH, ob das so sei, und wer dafür in der Verwaltung die Verantwortung trage, wurde bisher immer noch nicht beantwortet. Stattdessen wurde von der FH-Leitung auf meine Kritik unmittelbar und so spontan wie ein Uhrwerk mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens reagiert. Großzügiger kann man an einer Hochschule mit einem leitenden Nazi und Chefideologen der neuen Rechten nicht umgehen. Kritische Wissenschaftler, die politisch eingreifen und gegebenenfalls auch die politische Praxis der eigenen Hochschule, wie hier den unkritischen Umgang mit einem extremen Rechten, Antisemiten und Holocaustleugner durch die Verwaltung der Hochschule kritisieren, werden auf der anderen Seite durch Ausübung von Druck und massiver Einschüchterung mundtot gemacht (was nicht gelingen wird). Den Studierenden werden die notwendigen Unterlagen und Auskünfte verweigert, mit denen allein sie ihre Kritik empirisch untermauern können, um ihnen dann vorzuwerfen, sie kritisierten „die Obrigkeit“ ungerechtfertigt. Auch sind bislang keine meiner vielen Anfragen zu den Vorgängen an der FH während der siebziger Jahre beantwortet worden⁵, noch sind mir Unterlagen herausgegeben worden, damit ich meine Vermutungen überprüfen kann. Das ist der Hohn auf jede Wissenschaft, in der es bekanntlich kein Führerprinzip und keine Obrigkeit geben darf, sondern stattdessen Argumente und Gegenargumente, Kritik und Gegenkritik unter gleichberechtigten Teilhabern.

⁴ Ich habe dafür einen Zeugen ausfindig machen können, der seinerzeit an solchen „Lehrveranstaltungen“ teilgenommen hat.

⁵ Meine Fragen lauteten:

1. Wie konnte dieser Mann als hochrangiger Nazi eingestellt werden? Welche Rolle spielte die Personalabteilung dabei
2. War die Stelle, die Haverbeck besetzte, überhaupt je ausgeschrieben oder wurde sie ohne Ausschreibung besetzt?
3. Wusste die FH über die Vergangenheit Haverbecks als Elitenazi Bescheid oder wollte sie gar nicht Bescheid wissen?
3. Hat die FH nicht - wie sonst üblich - auf einem lückenlosen Lebenslauf bestanden und konnte sie daraus nicht seine nazistische Einstellung erkennen?
4. Wusste die FH-Leitung (Verwaltung), dass Haverbeck Führer des WSL und Chef des „Collegium Humanum“ war?
5. Ist es richtig, dass die FH – Verwaltung Haverbeck erlaubt hat, Seminarveranstaltungen im „Collegium Humanum“ abzuhalten, ohne zu prüfen, ob diese Veranstaltungen nicht zugleich Veranstaltungen für das WSL sind?
4. Warum ist die notwendige kritische Prüfung durch die Verantwortlichen der Personalabteilung unterblieben?
5. Gab es in irgendeiner Form Disziplinarmaßnahmen oder Androhungen solcher Maßnahmen gegen Haverbeck wegen seiner rechtsextremen Betätigung als FH-Professor im „Collegium Humanum“?
6. Warum billigte die FH-Leitung Haverbecks Tätigkeit als Führer (Leiter) der nazistischen Kaderschmiede „Collegium Humanum“ widerspruchslos.

Zur Klärung all dieser Fragen beantrage ich vollständige Akteneinsicht und das Recht, alle zur Aufklärung relevanten Schriftstücke photokopieren zu können. Ich betone noch einmal: Es handelt sich hier um eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz zum Zwecke der Forschung. Ich bin zu dieser Anfrage auch als Professor der FH berechtigt.

Die FH-Leitung ließ mir mitteilen, dass sie sich um die Akten bemühe und mich dann unterrichten werde. Dabei blieb es bisher. Wie die läppische Antwort des Ministeriums auf die beinahe gleich lautenden Fragen des Asta der FH ausgesehen hat, kritisiere ich in diesem Text.

Das Rektorat hat mit seiner Begründung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen mich Unrecht. Die Begründung ist vorgeschoben. Sie ist eine schlechte, durchsichtige Inszenierung, um sich ins Recht zu setzen und Sanktionen zu verhängen, wo Argumente fehlen. Denn nochmals: Es geht mir in meinen Texten um eine Kritik der Wissenschafts- und Hochschulpolitik im Allgemeinen und der ideologischen Praxis an dieser Fachhochschule im Besonderen. Es geht mir um eine Kritik des Zwanges zum Konformismus, der die Freiheit der wissenschaftlichen Kritik gefährdet und bereits schon stark beschädigt hat. Dieser Zwang ist an der Bielefelder FH unter dem gegenwärtigen Rektorat schlimmer als er je zuvor war. Nicht eingestandene Angst geht um im Fachbereich. Kuschen ist zur Norm geworden. Ein jeder streckt sich nach der Decke und ist zufrieden, wenn er einen Zipfel für sich erwischt. Kaum einer mag sich noch öffentlich zu äußern, obgleich die Lage so schlecht ist wie nie. Zuletzt hat sich kaum noch ein(e) Kollege (in) bereit gefunden, für die Wahl zum Fachbereichsrat zu kandidieren. Studierende finden sich schon seit langem nicht mehr in hinreichender Zahl bereit, sich unter den obwaltenden Bedingungen wählen zu lassen. Der Prodekan ist bereits zweimal aus Protest gegen diese Zustände und gegen die Politik der Hochschulleitung zurückgetreten. Die Verdrossenheit und politische Apathie im Fachbereich sind erschreckend. Die Zeichen sind unverkennbar. Sie sind Symptome des Verfalls und einer Krise, die nicht zuletzt bedingt durch eine jahrelang verfehlte Hochschulpolitik, die sich in sprachlosem, den Inhalten gegenüber völlig gleichgültigem, geistlosem Management von oben herab erschöpft und Hochschullehrer und Studenten wie manipulierbare Dinge ohne eigenen Erkenntniswillen oder als Reiz – Reaktionsbündel behandelt, die nach Belohnungsplänen, z. B. abgestuften finanziellen Zuwendungen und Androhungen von Sanktions- und Disziplinarmaßnahmen auf Linie zu bringen sind. Die Krise lässt sich nicht durch ein „weiter so“ und „mehr davon“ lösen, sondern es bedarf einer Neubesinnung in einem fachbereichs- und hochschulöffentlichen Diskurs, in dem die unterschiedlichen politischen wissenschaftstheoretischen, hochschulpolitischen und wissenschaftlichen Auffassungen, Zielsetzungen und Lagebeurteilungen zur Sprache kommen und kontrovers ausgetragen werden, damit man neu wieder zur einer praktischen Verständigung durch bestehen bleibende theoretische Differenzen hindurch finden kann. Einen solchen öffentlichen Diskurs und die dazu erforderliche Diskussionskultur gibt es im Fachbereich und auf Hochschulebene schon seit langem nicht mehr. Sie sind im letzten Jahrzehnt zum Teil von dem inhaltlich nicht kompetenten Management der Hochschulverwaltung abgewürgt, zum Teil durch die wachsende – womöglich durch die Dauereinmischung der Hochschulverwaltung bedingte – politische Apathie der Fachbereichsmitglieder zerstört worden mit dem Resultat, dass der Fachbereich Sozialwesen der FH Bielefeld nun schon seit einigen Jahren das Schlusslicht in sämtlichen Rankings ist. Schlechter können die Zustände nicht mehr werden. Doch statt die Zeichen als das zu werten, was sie sind, nämlich als Signale der Zerrüttung und der Krise und endlich neue Wege zu begehen, die wirklichen Produzenten von Forschung und Lehre und die Studierenden in den Mittelpunkt zu stellen, ihre Eigenaktivität tatkräftig zu fördern und dabei behilflich zu sein, dass aus dem Fachbereich Sozialwesen eine Stätte der institutionalisierten kritischen und kompetenten Reflexion gesellschaftlicher Problemlagen werden kann, macht diese Hochschulleitung blind weiter wie bisher: Management, bis alles Leben ausgetrieben ist und der Geist in der Geschäftigkeit zugrunde gegangen ist. Statt Klärung der Probleme Zwangsmaßnahmen: Zwangsbestellung des Fachbereichsrates, zweimalige Zwangseinsetzung des Prodekans und Sanktionierung derjenigen, die es wagen, an all den Zwangsmaßnahmen, die nur der Verdrängung der wirklichen Probleme und der bloßen Herrschaftssicherung der Verwaltung über die Produzenten dienen, öffentlich Kritik zu üben, wie Studierende und ich es seit längerem tun.

Dabei hat die unkritische Hochschulpraxis der FH - Verwaltung offensichtlich schon eine lange Tradition. Wie sonst ist es zu erklären, dass es dem leitenden Nazi Werner Haverbeck, der sein ganzes Leben hindurch ein Nazi blieb und es bestens verstand, seine esoterisch-völkische Ideologie aus der Nazizeit und die dazugehörige Holocaustleugnung in den siebziger Jahren in den esoterisch-systemökologischen Jargon der kulturellen Unverfälschtheit und Eigentlichkeit einzukleiden, der seitdem im Fachbereich Soziawesen zum herrschenden Jargon geworden ist, von der FH –Verwaltung so leicht gemacht wurde und sie es zuließ, dass der Nazi und Professor für Sozialwissenschaft im rechtsextremen „Collegium Humanum“ scheinfähige Veranstaltungen abhalten konnte, die Studenten gemeinsam mit Mitgliedern des rechtsextremen Weltbundes zum Schutz des Lebens (WSL) besuchten, obgleich doch bekannt war, dass Werner Haverbeck seit 1973 Führer des WSL und ein alter Nazi war. Unkritischer geht es kaum noch. Diese Kritiklosigkeit gegenüber dem rechtsextremen Nazi – möglicherweise einem „alten Kameraden“ – ist umso kritikwürdiger, als in derselben Zeit der Radikalenerlass in Geltung war und gegen jeden linken Kritiker deutscher Verhältnisse, der einmal von der Polizei auf einer Demonstration gesichtet worden war, bedenkenlos zur Zerstörung seiner beruflichen Karriere etwa als Lehrer oder anderswo in staatlichen Diensten angewendet wurde, während wie dieses Beispiel zeigt, Altnazis, die nichts dazugelernt, sondern wendig und beflissen wie immer nur den Jargon angepasst hatten, keinerlei Schwierigkeiten hatten, sondern erneut wieder zu „Ehren“ kamen. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Innovation des Landes NRW erklärt die Kritiklosigkeit der FH-Verwaltung so:

„Aus den Unterlagen ergibt sich eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis als Hochschullehrer seit dem 01.03.1972. Hier ist Herr Professor Haverbeck mit Wirkung vom 31.03. 1975 durch Erreichen der Altersgrenze aus dem Beschäftigungsverhältnis ausgeschieden. Im Rahmen des unauffälligen Einstellungsverfahrens hat Herr Professor Haverbeck die üblichen Erklärungen unterschrieben, mit denen er u. a. bestätigt, dass er keiner Organisation angehört und keine Organisation fördert, deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet oder die darauf ausgeht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu gefährden. Auch aus den Unterlagen und seinem Lebenslauf ergaben sich keine Hinweise auf einen Sachverhalt, der einer Einstellung widerspricht.

Unter Hinweis auf § 2 Abs. 3 und § 9 Informationsfreiheitsgesetz NRW bitte ich um Verständnis, dass ich keine weiteren personenbezogenen Daten offenbaren kann und verbleibe mit freundlichen Grüßen. Im Auftrag.....“⁶

Es ist, gelinde gesagt, äußerst befremdlich, dass die „unauffällige“ Einstellung eines leitenden Nazis und Rechtsextremen vom Wissenschaftsministerium wie ein selbstverständlich hinzunehmendes Datum behandelt und damit die Aufklärung im Kern negiert wird. Das „unauffällige Einstellungsverfahren“ ist kein positivistisch hinzunehmendes Datum. Vielmehr ist ja gerade der Tatbestand, dass Haverbeck so „unauffällig“ wie möglich und so restlos unkritisch und ahnungslos, wie sich häufig alte NS-Kameraden gaben, eingestellt wurde, derjenige, der aufzuklären ist. Denn es ist bekannt, dass in der Nachkriegszeit alte Seilschaften das „unauffällige Einstellungsverfahren“ bevorzugten, regelmäßig leugneten, „von etwas ge-

⁶ Die Antwort des Referats 224 (mit Schreiben vom 14.07 2008) der Hochschulen in Westfalen, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Völklinger Str. 24, 40221 Düsseldorf) auf die Anfrage des Asta der FH Bielfeld nach dem Informationsfreiheitsgesetz (NRW) Die Anfrage des Asta ist mit der meinen nahezu deckungsgleich (dazu s. die folgende Seite)

wusst zu haben“ und bekanntlich jeden mit Vorliebe „nach drüben“ oder in „die Heide“ wünschten, der ihnen ihre Ahnungslosigkeit nicht abnahm und Kritik an ihren Verleugnungs- bzw. Rationalisierungsstrategien übte, denen die alte eingefleischte Härte, Kälte und Empathieunfähigkeit, die „Unfähigkeit zu trauern“ (Mitscherlich) zugrunde lag, die nie wirklich durchgearbeitet wurde und von der sie darum nie freikamen.⁷

Der FH – Verwaltung und dem Rektorat der „autonomen FH Bielefeld“, die es besser wissen müsste, ist diese läppische Antwort nur zu Recht. Sie versteckt sich dahinter. Statt die An-

⁷ Ich erinnere daran, dass vor allem im Umfeld der nordrhein-westfälischen FDP die Bemühungen ehemaliger NS-Führung um politischen Einfluss in den fünfziger Jahren sehr weit gediehen. Insbesondere Friedrich Middelhaue versammelte in seinem Landesverband eine Reihe ehemals prominenter Nationalsozialisten um sich.

Im Mittelpunkt all dieser Bemühungen stand der ehemalige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Werner Naumann. Eine enge Verbindung bestand zur Düsseldorfer FDP um Ernst Achenbach, einem Anwalt, der ehemalige Nationalsozialisten verteidigte. Achenbach war in NS u. a. mitverantwortlich für den Beschluss der NS-Besatzungsmacht, als «Sühnemaßnahme» für ein Attentat auf zwei deutsche Offiziere in Paris 2.000 Juden nach Auschwitz zu deportieren, die dort vergast wurden.

Achenbach vermittelte den ehemaligen hauptamtlichen HJ-Führer Heinz Wilke, der von der FDP als Landesgeschäftsführer angestellt wurde. Siegfried Zoglmann, ehemals Mitglied der Reichsjugendführung, leitete die von Middelhaue herausgegebene rechtslastige, FDP nahe Wochenschrift "Die deutsche Zukunft". Postuliert wurde darin eine "Pflicht nach rechts". Auch Werner Best, SS-Mitglied, war diesem Kreis verbunden. Er fungierte als "Rechtsberater des Landesverbandes". Best war bis 1940, also zur selben Zeit als Werner Haverbeck die Propagandaabteilung in Dänemark leitete, Vizechef des Reichssicherheitshauptamtes und später "Reichsbevollmächtigter" in Dänemark. Es ist anzunehmen, dass sich beide aus dieser Zeit kannten. In Bests Büro und in der Kanzlei Achenbach liefen viele Fäden zusammen. Best war im Stinneskonzern in leitender Position beschäftigt. Der Stinneskonzern finanzierte die Gruppenaktivitäten der Gruppe um Naumann, Achenbach und Best. Ebenfalls dabei war der SS-Standartenführer Wolfgang Diewerge, Träger des NSDAP-Blutordens und SS-Ehrendegens, der zum Beauftragten für die Rednerschulung in allen FDP-Landesverbänden ernannt wurde. Carl Albert Drewitz, im Goebbels-Ministerium für die Parteipresse zuständig, damals für den Sektor «Kulturpolitik», wurde Chefredakteur des neuen FDP-Parteiblattes «Die Deutsche Zukunft».

Ernst Achenbach war seit 1953 bis in die siebziger Jahre hinein FDP-Bundestagsabgeordneter. 1970 sollte er nach dem Willen der Bundesregierung BRD-Europakommissar für die EWG in Brüssel werden. Erst aufgrund der Initiative von Beate Klarsfeld musste dieser Plan fallengelassen werden.

Achenbach verhinderte als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, der zuständig für den deutsch-französischen Überleitungsvertrag (unterzeichnet 1971) war, dessen Ratifizierung bis 1974 erfolgreich. Der Vertrag sollte es möglich machen, den deutschen NS-Verbrechern den Prozess zu machen, die bereits in Frankreich in Abwesenheit verurteilt worden waren. Es kam zu einem regelrechten Skandal und Bundeskanzler Schmidt sagte der französischen Regierung schließlich eine umgehende Ratifizierung des Vertrags zu. Trotz Achenbachs Blockadeversuch, konnten 1979 in Köln drei zentrale Akteure der Judenverfolgung in Frankreich, nämlich Kurt Lischka, Ernst Heinrichsohn und Herbert M. Hagen vor Gericht gestellt werden.

Vermutlich kannte Haverbeck seine „alten Kameraden“ Achenbach und Best gut, und »Kameraden« wie diese gab es viele. Warum sollte es sie nicht auch in Bielefeld gegeben haben. Auch endete die Rechtslastigkeit der NRW-FDP, ihr latenter Antisemitismus und ihre Israelfeindschaft nicht mit dem Ende der Karriere von Achenbach gegen Ende der siebziger Jahre, sondern ihre Rechtslastigkeit blieb notorisch und lief unter **Möllemann** zu neuer Hochform auf.

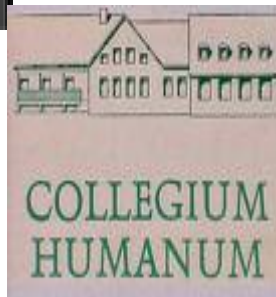
strengungen der Studierenden (der Gruppe „ungegangelte Wissenschaft“ und des Asta) und meine eigenen Anstrengungen um Aufklärung zu unterstützen und diese läppische „Auskunft“, die insinuiert, es gäbe nichts aufzuklären, als das zu werten, was sie ist, nämlich eine Verdummungs- und Dummstelltaktik und zugleich Ausdruck der Arroganz der Macht, und gegen solche Praktiken für die Freiheit der wissenschaftlichen Kritik Partei zu ergreifen, identifiziert sich die FH- Verwaltung und das Rektorat als ihr ausführendes Organ mit dieser Auskunft. Sie ist auch die seine. Die „autonome Hochschule“ scheut Aufklärung und Kritik wie der Teufel das Weihwasser. Denn sie könnten dem Marketing, der „Außendarstellung“, die im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stehen, schaden. Wahrheit wird da zur Nebensache.

Die FH - Verwaltung scheut die an der Leitidee der Wahrheit orientierte Aufklärung nicht obgleich, sondern weil die Vermutung nahe liegt, dass es in der FH Bielefeld oder vielleicht sogar darüber hinaus in der Stadt Bielefeld ein Netzwerk alter NS-Kameraden gegeben hat, dass das „un-

auffällige Einstellungsverfahren“ für den Nazi becken betrieben hat - „unauffällig“, eben weil wusste, dass Haverbeck ein leitender Nazi war leitende Nazi im „Collegium Humanum“ und siebziger Jahren trieb, und dass dieses Netzwerk normale öffentliche Berufungsverfahren das alles hätte öffentlich werden können. Für tung spricht auch, dass Sozialwissenschaft“

Einstellung an aus dem Fachbereich Maschinenbau Fachbereich Sozialwesen dieser Zeit ein Sozial- Sozialwesen dringend wurde der erste 1972 nach einem

Haverbeck, obgleich als „Professor für eingestellt, vom ersten Tag seiner Fachbereich Sozialwesen in den abgeordnet wurde und von da an im nie mehr gesehen wurde, obgleich in wissenschaftler im Fachbereich benötigt wurde. Denn im Fachbereich Sozialwissenschaftler erst im Oktober ordentlichen, öffentlichen Berufungsverfahren eingestellt und dieser hatte mehrere Jahre die Lehre in einem Lehrgebiet zu vertreten, das zunächst vier und später zwei Planstellen ersetzen musste (weil die anderen noch nicht besetzt waren) und zugleich alle Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen – eine in den ersten Jahren schier kaum zu bewältigende Aufgabe. Ist einem diese schwierige Mangellage des Fachbereichs Sozialwesen gegenwärtig, ist es völlig unverständlich, warum Werner Haverbeck in den Fachbereich Maschinenbau abgeordnet wurde, in dem er als Sozialwissenschaftler längst nicht so dringend gebraucht wurde wie im Fachbereich Sozialwesen, und es drängt sich unwillkürlich die Vermutung auf , dass er so unauffällig wie er eingestellt wurde, in den Fachbereich Maschinenbau versetzt wurde, weil die Sorge bestand, er könne wegen seiner politischen Einstellung und Vergangenheit im Fachbereich Sozialwesen auffallen, in dem seinerzeit im Unterschied zu heute emanzipatorische Ideologiekritik, Kritik der Politik und emanzipatorische Pädagogik einen hohen Stellenwert hatten, während im politisch sehr viel weniger kritischen Fachbereich für Maschinenbau und Elektrotechnik eine solche Gefahr eher nicht bestand. Wäre das aber so, dann muss es Personen in der Hochschulverwaltung, Hochschulleitung und wahrscheinlich auch in dem zuständig Dekanat (Maschinenbau, Elektrotechnik) gegeben haben, die von Haverbecks Nazivergangenheit und Tätigkeit im „Collegium Humanum“ und WSL gewusst, sie gebilligt und ihre schützende Hand über ihn gehalten haben. Die Vermutung liegt umso näher, als bei der Neugründung der FH in den Jahren 1971/ 72 die Hochschullehrer meistens aus den älteren „höheren Fachschulen“ übernommen wurden und mehrheitlich in einem Alter zwischen 50 und 60 Jahren, also 1945 zwischen 22 und 32 Jahren, d. h. im besten Nazi-Kamerad-



schaftsalter waren. So wäre es dann auch erklärbar, dass die FH so leichtfertig war, dem esoterischen Öko-Nazi Haverbeck, der mit dem systemischen Jargon für seinen völkischen Kulturrassismus warb, zu erlauben, im inzwischen verbotenen rechtsextremen „Collegium Humanum“ Leistungsnachweise für die FH - Bielefeld auszustellen.

All das wäre aufzuklären. Es kann auch aufgeklärt werden, wenn die Akten endlich herausgegeben würden. Außerdem gibt es lebende Zeugen für die Vorgänge von damals. Der damalige Kanzler und Rektor erfreuen sich noch bester Gesundheit. Es wird gemunkelt, dass in der Personalabteilung noch leitende Herren ihren Dienst tun, die an der Stelle sitzen, die an der damaligen „**unauffälligen Einstellung**“ Haverbecks beteiligt war. Wahrscheinlich erfreuen sich auch die damaligen Dekane noch bester Gesundheit und könnten, wenn sie nur wollten, Zeugnis ablegen. Außerdem gibt es Studierende, die seinerzeit im „Collegium Humanum“ an Haverbecks Veranstaltungen teilgenommen haben und dafür vermutlich Leistungsnachweise erhielten. Auch das müsste sich mit Hilfe der Unterlagen in der Verwaltung herausbekommen lassen, in denen verzeichnet sein muss, wer von Haverbeck Leitungsnachweise erhielt. Diese ehemaligen Studierenden könnte man heute befragen und so herausbekommen, wie seinerzeit in den siebziger Jahren die Erinnerung an die Nazi-Zeit in der FH Bielefeld „durchgearbeitet“, d. h. systematisch verdrängt wurde und wie der systemische, esoterische Öko-Jargon der Verdrängung nützliche Dienste leistete. Es könnte ein Lehrstück werden für Schuld und Abwehr an einer postfaschistischen Hochschule in Deutschland, für das, was Ralph Giordano die „zweite Schuld“ nennt. Das zu untersuchen, fühle ich mich als Wissenschaftler, dessen Praxis das kritische Denken ist, verpflichtet, nicht um irgendjemanden, wie die Rektorin unterstellt, an den Pranger zu stellen, sondern um durch die öffentliche Kritik den Impuls zur dringend nötigen Veränderung zu wecken. Selbstverständlich schließt die Kritik der Praxis der FH ein, jene der siebziger Jahre mit der heutigen zu vergleichen. Das wiederum schließt selbstverständlich ein, zu vergleichen, wie die gesellschaftskritische Forschung (auch das Kritiknetz) von der FH-Leitung behandelt wird und wie andere im Fachbereich Sozialwesen vorherrschend affirmativ-positivistische „Theorielinien“ bis heute behandelt werden, die manchmal nur in der Übernahme eines Jargons der Halbbildung bestehen, der jedwede Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen ausblendet. Zurzeit herrscht dabei im Fachbereich Sozialwesen der esoterische öko-systemische Jargon vor. Ich spreche wohlgerne von vorherrschenden Tendenzen. Denn es wäre gewiss leichtfertig, irgendeiner Kollegin oder irgendeinem Kollegen nur allein deshalb, weil sie (er) sich auf die Systemtheorie und auf die systemische Therapie fokussiert, schon den „systemischen Jargon“ und „Halbbildung“ vorzuwerfen. Nicht alle sind Hellingers, obgleich es deren im Sozialwesen auch manch eine(n) gibt und diese Lehrenden zumeist noch schlechter sind als ihr Meister im Hitlerbungalow in Berchtesgaden. Es kommt auch hier darauf ab, wie kompetent und wie (ideologie-)kritisch man mit der Theorie umgeht und ob man in der Lage ist, sie selbst als Bestandteil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im modernen Kapitalismus zu sehen und ihre Funktion darin zu begreifen

Der herrschende Jargon ist gekoppelt mit Bestandteilen aus der transpersonalen Psychologie, dem New - Age- Jargon und dem anthroposophischen Jargon des „Rufers für Deutschland“, der den Astralleib wiegt. Ich möchte ihn als die neueste Variante der „deutschen Ideologie“ oder gegebenenfalls auch des „deutschen Sozialismus“ bezeichnen, je nachdem, worauf gerade der Akzent liegt. Es ist eben jener Jargon, den Haverbeck in der Nachkriegszeit und vor allem in den siebziger Jahren bereits ausgezeichnet beherrschte und nutzte, um seinen völkischen Nazismus, kulturalistischen Rassismus und nationalen Öko-Sozialismus darin unter zu bringen und als neueste esoterische und ökosystemische Weisheit seinen Schülern zu verkaufen, was ihm auch mühelos gelang.⁸ Bestandteil dieses ideologischen Jargons ist die

im Sozialwesen zur schlechten Gewohnheit geworden Theoriefeindschaft, die begründet wird mit dem Vorrang der „Praxis“ in der bestehenden Form und der angeblichen Notwendigkeit der FH, dem unmittelbaren Nutzen „der Region“ und den bestehenden Sozialapparaten und Managementagenturen - selbstverständlich „konstruktiv-kritisch“ – zu dienen, mit anderen Worten sich den Interessen des regionalen Kapitals und der Mächtigen in den staatlichen Verwaltungen konformistisch unterzuordnen zu müssen. Damit wird die Hoffnung verbunden, die „Außendarstellung“ der FH – ihr Marketing als „university of applied science“ mit der Betonung of “applied“ - zu fördern. Ob das nicht auch etwas mit der Geistlosigkeit der applied science von Haverbeck zu tun hat, will ich hier offen lassen.

Aber was geschieht stattdessen? Die Akteneinsicht wurde dem Asta mit der nicht nachzuvollziehenden Begründung verweigert, es ginge um Personalien. Aber darum geht es nicht. Haverbecks Personalien sind bekannt und im Übrigen ist er bereits 1999 verstorben. Es geht um die Politik der FH und darum, drüber aufzuklären, welche Anstrengungen die FH unternommen hat, über die Nazivergangenheit – auch und insbesondere die ihres eigenen Personals aufzuklären – oder sie zu verdrängen und Kritiker der Verdrängung mundtot zu machen und die Untersuchung möglicher fortwuchernder Kontinuitäten. So wird der Schuldzusammenhang kontinuierlich fortgesetzt. Zur zweiten Schuld kommt die **dritte Schuld** hinzu. Es ist die Schuld der Enkelgeneration, die heute in den Verwaltungen und anderswo die nötige Aufklärung über die ausgebliebene Erinnerung und Durcharbeitung der Vergangenheit und die in der damaligen Zeit übliche Zusammenarbeit mit konformierenden Nazis, wie Haverbeck einer war, und die damit einhergehenden Verleugnungen und Verdrängungen verweigert.⁹ Ihr Erbe soll nicht untergehen. Deshalb sind viel Enkel heute

⁸ S. dazu:

Volkmar Welk, Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der „Neuen“ Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Diss. Texte Nr. 21, Duisburg 1992

Ferner auch im Kritiknetz u. a.

Heinz Gess, Die neue Rechte und ihr Pseudolinkes Gegenstück

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=48>

ders., C. G. Jung und die faschistische Weltanschauung

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=34>

ders., New Age und die kritische Theorie der Gesellschaft

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=69>

ders., Der neue Mensch als Ideologe der Entmenschlichung

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=57>

auch:

Heinz Gess, Vom Faschismus zum Neuen Denken, Zu Klampen Verlag Lüneburg 1994. Abschnitt V: Der Neue Mensch – Zwischen hilflosem Antifaschismus und faschistischer Propaganda

⁹ s. dazu unter anderem folgende Artikel in Kritiknetz:

Heinz Gess/Werner Dirks/Kristan Kossack: „Opa war kein Nazi.“

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=363>

Heinz Gess, Kristan Kossack: Erinnerungspolitik der evangelischen Kirche. Über den kollektiven Mythos der Deutschen von der Nazivergangenheit

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=364>

Heinz Gess: Gesellschaftliche Herrschaft und Antisemitismus in der kapitalistischen Weltgesellschaft

http://www.kritiknetz.de/Herrschaft_Antisemitismus.pdf

vermutlich so vehement gegen den jüdischen Staat und kritisieren ihn so vehement, wie schon ihre Großväter gegen „jüdische Gebilde“ waren. In der Enkelgeneration – nicht nur im Sozialwesen, aber dort auch und in besonderem Maße - kehrt dasselbe in veränderter Erscheinungsweise wieder. Es kehrt exakt so wieder, wie Freud die Wiederkehr des Verdrängten beschrieben hat, nämlich verschoben und verdichtet. Das ist das Resultat der Verdrängung und Rationalisierung des Verdrängten über drei Generationen. Schuld und Abwehr ohne Ende.

Heinz Gess

ders., Kritik der kulturell hegemonialen Ideologie des Konfliktes um Israel

<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=433>

ders., Die deutsche Philisterwelt und die „Ideale des Unmenschentums“ . Eine Phillipika gegen die

deutsche „Nah-Ost-Politik“ <http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=431>